

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2014/204327]

5. MAI 2014 — Dekret zur Anerkennung und Förderung von sozialen Treffpunkten

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Sozialer Treffpunkt: im Rahmen dieses Dekrets anerkannte Vereinigung oder öffentliche Einrichtung, die durch Gemeinwesenarbeit und soziale Gruppenarbeit den sozialen Zusammenhalt der Menschen stärkt, die innerhalb ihres Wirkungsbereichs leben;

2. Sozialer Zusammenhalt: ein durch soziale Bindungen, Solidarität und Beteiligung an Netzwerken entstehendes Zugehörigkeitsgefühl zu einem sozialen Umfeld;

3. Gemeinwesenarbeit: Methode der sozialen Arbeit, die, ausgehend von den Ressourcen und Bedürfnissen der Bewohner eines Wirkungsbereichs, das Ziel verfolgt, die Lebensverhältnisse der Bewohner - insbesondere der Menschen, die nur schwer Zugang zu den in Artikel 23 der Verfassung erwähnten Rechten finden - zu verbessern, ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und sie zur Selbstorganisation zu befähigen;

4. Soziale Gruppenarbeit: Methode der sozialen Arbeit, die dem Einzelnen hilft, seine soziale Funktionsfähigkeit durch sinnvolle Gruppenerlebnisse zu erkennen;

5. Wirkungsbereich: eine oder mehrere Gemeinden des deutschen Sprachgebiets oder ein Teil dieser, deren Bewohner der soziale Treffpunkt mit seinen Angeboten und Aktivitäten erreicht;

6. Partnerorganisationen: Öffentliche oder private nicht kommerzielle Dienstleister, die zur Förderung des sozialen Zusammenhalts beitragen und mit denen der soziale Treffpunkt kooperiert und/oder gemeinsame Angebote ausarbeitet;

7. Koordinator: qualifizierte Person, die Ansprechpartner für die Besucher des Treffpunkts ist und die Angebote sowie Aktivitäten des Treffpunkts abstimmt und begleitet. Der Koordinator führt bei Bedarf selber Aktivitäten durch und begleitet die ehrenamtlichen Mitarbeiter des sozialen Treffpunkts.

Art. 2 - Gegenstand

Dieses Dekret regelt die Anerkennung und Förderung von Vereinigungen und öffentlichen Einrichtungen, die durch Gemeinwesenarbeit und soziale Gruppenarbeit den sozialen Zusammenhalt der Menschen in einem bestimmten Wirkungsbereich stärken.

Art. 3 - Gleichheit der Geschlechter

Alle in vorliegendem Dekret verwendeten Personenbezeichnungen gelten für beide Geschlechter.

Art. 4 - Zielgruppen

Die Angebote und Aktivitäten der sozialen Treffpunkte entsprechen den Belangen der nachstehenden Zielgruppen:

1. der allgemeinen Zielgruppe: alle Personen, die innerhalb des Wirkungsbereichs des sozialen Treffpunktes wohnen;

2. der spezifischen Zielgruppe: Personen, die innerhalb des Wirkungsbereichs des sozialen Treffpunktes wohnen und von sozialer Ausgrenzung bedroht sind oder in sozialer Ausgrenzung leben und somit einen nur erschwerten Zugang zu den in Artikel 23 der Verfassung erwähnten Rechten finden.

Art. 5 - Allgemeine Ziele und Angebote

§ 1 - Die anerkannten sozialen Treffpunkte verfolgen in ihrer Arbeit prioritär das Ziel, die Teilnahme aller am wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen, Wissens- und Erfahrungsaustausch und aktives Bürgertum zu fördern.

Dieses Ziel teilt sich in folgende Unterziele auf:

1. die Vielfalt der Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt der Bürger stärken;
2. Vereinsamung vorbeugen und abbauen;
3. Wertschätzung und Anerkennung erfahrbar machen;
4. Autonomie fördern und Menschen darin unterstützen, ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen zu erkennen und zu artikulieren;
5. Menschen zur Selbstorganisation und Selbsthilfe befähigen.

§ 2 - Um die in § 1 festgelegten Ziele zu verwirklichen, umfasst das Angebot der sozialen Treffpunkte zumindest:

1. die Schaffung eines intergenerationellen und/oder interkulturellen Begegnungsortes;
2. bedarfsorientierte Beratung und Alltagshilfe, vor allem durch Orientierung auf bestehende Angebote anderer Dienstleister;
3. bedarfsorientierte Vermittlung des Zielpublikums an andere Dienstleister;
4. Bildungsangebote auf der Grundlage des gemäß Artikel 6 ermittelten Bedarfs;
5. Kooperationen und konzeptionelle Abstimmung mit Partnerorganisationen;
6. Sensibilisierungsarbeit für den sozialen Zusammenhalt leisten;

7. regelmäßige Information der Öffentlichkeit und insbesondere der in Artikel 4 genannten Zielgruppen über die Aktivitäten;
8. neue Angebote und Projekte bezogen auf neue Herausforderungen der Gesellschaft und Bedürfnisse der Zielgruppen;
9. Einbinden in lokale Kooperationsstrukturen und Netzwerke.

Art. 6 - Bestandsaufnahme

Die sozialen Treffpunkte führen im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Bedingungen eine sich auf ihren Wirkungsbereich beziehende Bestandsaufnahme durch. Diese Bestandsaufnahme beinhaltet die Analyse bestehender Bedürfnisse der Bürger sowie die Aufnahme bestehender Angebote der Dienstleister.

Die Bestandsaufnahme wird in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen und insbesondere mit den Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren, die sich innerhalb des Wirkungsbereichs der sozialen Treffpunkte befinden, erarbeitet.

KAPITEL 2 - ANERKENNUNG

Art. 7 - Anerkennungskriterien

§ 1 - Nach Maßgabe des vorliegenden Dekrets werden soziale Treffpunkte anerkannt, die folgende Bedingungen einhalten:

1. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sein oder sich in der Trägerschaft von einem oder mehreren ÖSHZ befinden. Wenn die Vereinigung neben den Tätigkeiten eines sozialen Treffpunkts Dienstleistungen anbietet, die in Anwendung anderer Regeltexte gefördert werden, muss die Vereinigung eine deutliche finanzielle, strukturelle und arbeitsvertragliche Trennung dieser verschiedenen Tätigkeiten in Bezug auf das eingesetzte Personal und die eingesetzten finanziellen Mittel für jede dieser Tätigkeiten vornehmen;
2. ihren Wirkungsbereich innerhalb des deutschen Sprachgebiets definieren;
3. sich verpflichten, die in Artikel 5 festgelegten Ziele zu erfüllen;
4. gemäß Artikel 6 innerhalb dieses Wirkungsbereichs eine Bestandsaufnahme durchgeführt haben;
5. gemäß § 3 ein Konzept erstellen;
6. über einen Koordinator verfügen, der den in § 2 erwähnten Kriterien genügt;
7. über die zur Durchführung der Hilfsangebote und Aktivitäten notwendige Infrastruktur im deutschen Sprachgebiet verfügen;
8. den geltenden Vorschriften im Bereich der behindertengerechten Gestaltung entsprechen;
9. Ehrenamtliche in ihre Arbeit einbeziehen.

§ 2 - Die in den sozialen Treffpunkten beschäftigten Koordinatoren erfüllen folgende Bedingungen:

1. mindestens im Besitz eines Bachelordiploms mit sozialer oder pädagogischer Ausrichtung sein;
2. einen Auszug aus dem Strafregister (Muster 2) vorlegen. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das den Zugang zu einer Tätigkeit ermöglicht, die in den Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen fällt.

Die Regierung kann auf begründeten Antrag hin andere als die in Absatz 1 Nummer 1 genannten Diplome für die Stelle des Koordinators genehmigen, wenn eine außergewöhnliche nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für diese Funktion vorliegt oder wenn ein nachgewiesener Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation herrscht.

§ 3 - Die sozialen Treffpunkte erstellen im Hinblick auf die in Artikel 5 aufgeführten allgemeinen Ziele und auf Grundlage der in Artikel 6 erwähnten Bestandsaufnahme ein Konzept.

Das Konzept führt das Leitbild/die Leitlinien des sozialen Treffpunkts und die angestrebten übergeordneten Ziele auf, die innerhalb des Wirkungskreises mit dem sozialen Treffpunkt verfolgt werden und an denen sich die konkrete Arbeit und die Angebote orientieren werden.

An der Ausarbeitung des Konzepts werden folgende Personen und Organisationen beteiligt:

1. die Bewohner innerhalb des Wirkungsbereichs;
2. die Nutznießer der sozialen Treffpunkte;
3. die ehrenamtlichen Mitarbeiter, auf die die sozialen Treffpunkte zurückgreifen;
4. die Partnerorganisationen;
5. die Gemeinden sowie die öffentlichen Sozialhilfezentren, die für die betroffenen Wirkungsbereiche zuständig sind.

Die Regierung legt die weiteren Rahmenbedingungen zur Ausarbeitung des Konzepts fest.

Art. 8 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die anerkannten sozialen Treffpunkte die im vorliegenden Dekret erwähnten Verpflichtungen, einschließlich der in Artikel 7 erwähnten Bedingungen, ein.

Die anerkannten sozialen Treffpunkte halten insbesondere folgende Verpflichtungen ein:

1. Kooperationen und konzeptionelle Abstimmungen mit Partnerorganisationen eingehen;
2. sozialräumliche Vernetzung vornehmen und kommunal verankert sein;
3. die Partizipation der in Artikel 4 aufgeführten Zielgruppen, insbesondere der spezifischen Zielgruppe, in dem sozialen Treffpunkt unterstützen;
4. die in Artikel 11 § 2 vorgeschriebenen Öffnungszeiten einhalten;
5. eine ordentliche und jederzeit einsehbare autonome Buchführung vorlegen, die eine finanzielle Kontrolle ermöglicht;
6. auf ehrenamtliche Mitarbeiter bei der Ausführung der Aufgaben zurückgreifen;
7. die Rechte und Pflichten der Ehrenamtlichen in einer Hausordnung festhalten und deren Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen fördern;
8. gemäß Artikel 14 jährlich bis spätestens zum 30. April einen Tätigkeitsbericht, eine Bilanz und eine Ergebnisrechnung des vorigen Geschäftsjahres sowie einen Haushaltsplan für das nächste Geschäftsjahr bei der Regierung einreichen.

Art. 9 - Anerkennungsverfahren

§ 1 - Die Vereinigungen reichen einen schriftlichen Antrag auf Anerkennung als sozialer Treffpunkt bis spätestens zum 30. Juni eines Jahres bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind die in Artikel 7 erwähnten Dokumente und Belege beigelegt.

§ 2 - Die Regierung prüft die Anträge auf Anerkennung und trifft ihre Entscheidung bis spätestens zum 30. Oktober des Jahres, in dem der Antrag gestellt wurde. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als erteilt.

Die Anerkennung wird für einen unbestimmten Zeitraum erteilt.

Wenn eine oder mehrere Bedingungen, die für eine Anerkennung erforderlich sind, nicht erfüllt sind, verweigert die Regierung die Anerkennung oder erteilt in Abweichung von Absatz 2 eine vorläufige Anerkennung unter Auflagen für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest.

§ 3 - Die anerkannten sozialen Treffpunkte können einen neuen Antrag auf Anerkennung stellen:

1. wenn die gegebenenfalls befristete Anerkennung abgelaufen ist;
2. wenn festgestellt wird, dass die in der Anerkennung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Anerkennung erwähnten Angaben abzuändern.

Art. 10 - Aussetzung und Entzug der Anerkennung

Wenn einzelne oder mehrere Verpflichtungen nicht eingehalten werden, fordert die Regierung den anerkannten sozialen Treffpunkt gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt der anerkannte soziale Treffpunkt nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie dem sozialen Treffpunkt.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest.

KAPITEL 3 - FÖRDERUNG**Art. 11 - Zuschuss**

§ 1 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung einem anerkannten sozialen Treffpunkt für die im vorliegenden Dekret festgelegten Dienstleistungen und unter den im vorliegenden Artikel festgelegten Bedingungen Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten.

Die Regierung gewährt Dienstleistern, die die im vorliegenden Dekret festgelegten Dienstleistungen anbieten und deren Koordinator die aktive Teilnahme von Menschen, die von Ausgrenzung und Isolation betroffen sind, besonders im Fokus hat, ausschließlich in Anwendung vorliegenden Dekrets Personal- und Funktionszuschüsse.

§ 2 - Für die Personalkosten erhalten die sozialen Treffpunkte einen Zuschuss für:

1. eine Vollzeitäquivalentstelle als Koordinator, wenn die Räumlichkeiten, außer während vier Wochen pro Jahr, in der Regel wöchentlich mindestens 24 Stunden an mindestens vier Tagen für die Zielgruppe geöffnet sind;
2. eine halbe Vollzeitäquivalentstelle als Koordinator, wenn die Räumlichkeiten, außer während vier Wochen pro Jahr, in der Regel wöchentlich mindestens 15 Stunden an mindestens drei Tagen für die Zielgruppe geöffnet sind.

Der Personalszuschuss entspricht 87,5 % der effektiven Gehaltskosten und entspricht den von der Regierung festgelegten Bemessungsgrundlagen für Personalszuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich. Etwaige erhaltene Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in Abzug gebracht.

§ 3 - Für die Funktionskosten erhalten die sozialen Treffpunkte einen Zuschuss in Höhe von:

1. 12.000 Euro, wenn die in § 2 Nummer 1 genannten Mindestöffnungszeiten eingehalten werden und eine Begleitung der Zielgruppen des sozialen Treffpunkts durch eine ehrenamtliche oder professionelle Kraft gewährleistet ist;
2. 6.000 Euro, wenn die in § 2 Nummer 2 genannten Mindestöffnungszeiten eingehalten werden und eine Begleitung der Zielgruppen des sozialen Treffpunkts durch eine ehrenamtliche oder professionelle Kraft gewährleistet ist.

§ 4 - Die in den §§ 2 und 3 erwähnten Zuschüsse werden nur dann gewährt, wenn sich die Gemeinden oder die öffentlichen Sozialhilfezentren, die für die betroffenen Wirkungsbereiche zuständig sind, vertraglich verpflichten, mindestens 12,5 % der in § 2 genannten effektiven Gehaltskosten zu übernehmen.

Art. 12 - Sonderzuschuss

§ 1 - Zusätzlich zu den in Artikel 11 erwähnten Zuschüssen kann die Regierung einem anerkannten sozialen Treffpunkt auf begründeten Antrag für besondere, zeitlich begrenzte Projekte eine Sonderfinanzierung gewähren. Diese Finanzierung kann zur Begleichung von Funktions- und Personalkosten innerhalb des Projekts verwendet werden.

Als besondere Projekte gelten Vorhaben, die gleichzeitig:

1. von besonderem Interesse für die anvisierte Zielgruppe sind;
2. mit außergewöhnlichen Kosten verbunden sind.

§ 2 - Die Förderung der in § 1 erwähnten Projekte unterliegt folgenden Bedingungen:

1. die Projektlaufzeit beträgt höchstens zwei Jahre;
2. die Ziele des Projekts sind eindeutig definiert, messbar, attraktiv für die Empfänger, realistisch und terminierbar;
3. der Höchstzuschuss pro Projekt für Personal- und Funktionskosten beträgt 5.000 Euro;
4. der Projektträger übermittelt der Regierung innerhalb eines Monats nach vereinbarter Beendigung des Projekts einen Abschlussbericht, der eine finanzielle und eine inhaltliche Bilanz zum Projekt umfasst.

§ 3 - Dem Antrag auf Bezuschussung werden folgende Unterlagen bzw. Belege beigelegt:

1. die Begründung des Projekts hinsichtlich der in § 1 Absatz 2 erwähnten Bedingungen;
2. die Projektbeschreibung unter Berücksichtigung der in § 2 Nummer 2 erwähnten Vorgaben;
3. die Kostenschätzung und das Finanzierungskonzept des Projekts.

Art. 13 - Vertrag

§ 1 - Die Förderung der anerkannten sozialen Treffpunkte erfolgt auf Grundlage eines Vertrags. Vertragspartner sind die Regierung, der soziale Treffpunkt sowie die Gemeinden und die öffentliche Sozialhilfezentren, die für die betroffenen Wirkungsbereiche zuständig sind.

Dem Vertrag wird das in Artikel 7 § 3 erwähnte Konzept als Anlage beigefügt.

Die Handlungsziele sowie die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags bereits bekannten konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Konzepts werden im Vertrag aufgeführt und können durch Beschluss des durch § 3 eingesetzten Begleitausschusses bedarfsentsprechend angepasst werden.

Nicht im Vertrag festgehaltene, zusätzliche Maßnahmen, die der soziale Treffpunkt im Laufe eines Tätigkeitsjahres ergreift, werden in dem in Artikel 8 Absatz 2 Nummer 8 erwähnten Tätigkeitsbericht nachgewiesen.

Die Regierung legt den Rahmen sowie die weiteren Inhalte des Vertrags fest.

§ 2 - Die Dauer des Vertrags beträgt mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahre. Insofern der soziale Treffpunkt weiterhin anerkannt ist, ist der Vertrag nach Ablauf verlängerbar.

Vor einer Verlängerung des Vertrags:

1. wird das Konzept im Anschluss an eine neu durchgeführte Bestandsaufnahme gemäß Artikel 6 überarbeitet;
2. unterbreitet die Regierung das gemäß Nummer 1 überarbeitete Konzept dem in § 3 erwähnten Begleitausschuss zur Stellungnahme.

§ 3 - Die Regierung setzt zur Begleitung und Auswertung des Vertrags sowie zur Auswertung des Konzepts einen Begleitausschuss ein, in dem alle Vertragspartner vertreten sind.

Der Begleitausschuss:

1. erörtert jährlich die Umsetzung des Konzepts und des Vertrags;
2. begutachtet den Konzeptentwurf zur Erstellung und Erneuerung des Vertrags.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest.

Art. 14 - Tätigkeitsbericht

Um die im vorliegenden Kapitel vorgesehene Förderung zu beanspruchen, erstellt der soziale Treffpunkt einen jährlichen Tätigkeitsbericht, in dem die Ziele des Konzepts qualitativ und quantitativ ausgewertet werden und gegebenenfalls die in Artikel 5 genannten Handlungsziele den Ergebnissen der Auswertung angepasst werden.

Der Tätigkeitsbericht wird der Regierung bis spätestens zum 30. April des Jahres übermittelt, das dem Jahr der Förderung folgt.

Dem Tätigkeitsbericht wird eine Bilanz und eine Ergebnisrechnung des Vorjahres sowie ein Haushaltsplan des folgenden Geschäftsjahres beigelegt. Anpassungen des Haushaltsplans können bis zum 30. September bei der Regierung eingereicht werden.

KAPITEL 4 - KONTROLLBESTIMMUNGEN

Art. 15 - Kontrolle

Die Regierung kann jederzeit im Rahmen der von ihr festgelegten Bedingungen die Erfüllung der in diesem Dekret vorgesehenen Bestimmungen gemäß Artikel 12 des Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof überprüfen lassen.

KAPITEL 5 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 16 - Übergangsbestimmung

§ 1 - Die Regierung kann Vereinigungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets einen Koordinator in einem sozialen Treffpunkt beschäftigen, auf Grundlage eines begründeten Antrags eine Übergangsfrist zur Erfüllung der in Artikel 7 § 2 festgelegten Qualifikationsbedingung gewähren. Diese Übergangsfrist endet mit der Neubesetzung der Koordinatorstelle.

§ 2 - Die Regierung kann den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens vorliegenden Dekrets bestehenden Vereinigungen, die bereits Dienstleistungen eines sozialen Treffpunkts anbieten, auf Grundlage eines begründeten Antrags eine Übergangsfrist für die Erfüllung der in Artikel 7 § 1 Nr. 8 festgelegten Vorschrift zur behindertengerechten Gestaltung der Infrastruktur des sozialen Treffpunkts gewähren.

Art. 17 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.
Eupen, den 5. Mai 2014

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus

Frau I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2013-2014

Nummerierte Dokumente: 159 (2012-2013) Nr. 1 Dekretvorschlag

159 (2013-2014) Nrn. 2-7 Abänderungsvorschläge

159 (2013-2014) Nr. 8 Bericht

Ausführlicher Bericht: 5. Mai 2014 - Nr. 65 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2014/204327]

5 MAI 2014. — Décret portant agréation et soutien de points de contact social

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — DISPOSITIONS GÉNÉRALES**Article 1^{er}.** Définitions

Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1° point de contact social : association ou institution publique agréée dans le cadre du présent décret et qui, par un travail communautaire et un travail social de groupe renforce la cohésion sociale des personnes vivant dans son ressort;

2° cohésion sociale : sentiment d'appartenir à un milieu social né de liens sociaux, de la solidarité et de la participation à des réseaux;

3° travail communautaire : la méthode de travail social qui, partant des ressources et besoins des habitants d'un ressort, poursuit l'objectif d'améliorer les conditions de vie des habitants, notamment des personnes qui ont difficilement accès aux droits mentionnés à l'article 23 de la Constitution, d'élargir leurs possibilités d'action et de les rendre capables de s'organiser;

4° travail social de groupe : la méthode de travail social qui aide l'individu à reconnaître ses fonctions sociales à travers un vécu collectif qui fait sens;

5° ressort : une ou plusieurs communes de la région de langue allemande ou une partie de celles-ci dont le point de contact social, par ses offres et ses activités, touche les habitants;

6° organisations partenaires : les prestataires non commerciaux, tant privés que publics, qui contribuent à promouvoir la cohésion sociale et avec lesquels le point de contact social coopère et/ou élabore une offre conjointe;

7° coordinateur : personne qualifiée qui est la personne de contact pour les visiteurs du point de contact et qui fait concorder entre elles les offres et activités du point de contact et assure leur suivi. Si nécessaire, le coordinateur mène lui-même des activités et encadre les collaborateurs bénévoles du point de contact social.

Art. 2. Objet

Ce décret règle l'agréation et le soutien d'associations et d'institutions publiques qui, par un travail communautaire et un travail social de groupe, renforcent la cohésion sociale des personnes vivant dans un ressort déterminé.

Art. 3. Égalité des sexes

Toutes les qualifications employées dans le présent décret valent pour les deux sexes.

Art. 4. Groupes cibles

Les offres et activités des points de contact social répondent aux besoins des groupes cibles suivants :

1° le groupe cible général : toutes les personnes qui habitent dans le ressort du point de contact social;

2° le groupe cible spécifique : les personnes qui habitent dans le ressort du point de contact social et sont menacées d'exclusion sociale ou sont exclues socialement et n'ont dès lors que difficilement accès aux droits mentionnés à l'article 23 de la Constitution.

Art. 5. Objectifs généraux et offres

§ 1^{er} - Dans leur travail, les points de contact social agréés ont pour objectif prioritaire la participation de tous à la vie économique, politique, sociale et culturelle et de favoriser l'échange de savoir et d'expérience ainsi que la citoyenneté active.

Cet objectif se subdivise en sous-objectifs, qui sont les suivants :

1° renforcer la diversité dans la société et la cohésion sociale entre les citoyens;

2° prévenir et supprimer l'isolement;

3° rendre tangibles l'estime et la reconnaissance;

4° promouvoir l'autonomie et aider les individus à reconnaître et articuler leurs propres besoins et intérêts;

5° rendre les personnes capables de s'organiser et de se prendre en charge.

§ 2 - Pour atteindre les objectifs fixés au § 1^{er}, l'offre proposée par les points de contact social comporte au moins :

1° la création d'un lieu de rencontre intergénérationnel et/ou interculturel;

2° le conseil et l'aide journalière en fonction des besoins, surtout en orientant vers les offres proposées par d'autres prestataires;

3° le renvoi du public cible vers d'autres prestataires en fonction des besoins;

4° des offres de formations basées sur le besoin déterminé conformément à l'article 6;

5° des coopérations et la mise en concordance des concepts avec les organisations partenaires;

6° un travail de sensibilisation à la cohésion sociale;

7° une information régulière du public - notamment des groupes cibles mentionnés à l'article 4 - quant aux activités menées;

8° des offres et projets nouveaux ayant trait à de nouveaux défis sociétaux et aux besoins de groupes cibles;

9° l'implication dans des structures locales de coopération et des réseaux.

Art. 6. État des lieux

Dans le cadre des conditions fixées par le Gouvernement, les points de contact social dressent un état des lieux en ce qui concerne leur ressort. Cet état des lieux comprend l'analyse des besoins des citoyens ainsi que toutes les offres proposées par les prestataires.

L'état des lieux est dressé en coopération avec les organisations partenaires et notamment avec les communes et les centres publics d'aide sociale situés dans le ressort des points de contact social.

CHAPITRE 2. — AGRÉATION

Art. 7. Critères d'agrération

§ 1^{er} - Sont agréés conformément au présent décret les points de contact social remplissant les conditions suivantes :

1° être constitué en association sans but lucratif ou avoir un ou plusieurs CPAS comme pouvoir organisateur; Lorsque l'association propose, outre les activités d'un point de contact social, des prestations soutenues en application d'autres textes réglementaires, elle doit procéder à une distinction claire entre ces différentes activités, tant au niveau de ses finances, de ses structures que des contrats de travail, en ce qui concerne le personnel et les moyens financiers mis en œuvre pour chacune d'elles;

2° définir son ressort à l'intérieur de la région de langue allemande;

3° s'engager à remplir les objectifs fixés à l'article 5;

4° conformément à l'article 6, dresser un état des lieux à l'intérieur de ce ressort;

5° développer un concept conformément au § 3;

6° disposer d'un coordinateur satisfaisant aux critères mentionnés au § 2;

7° disposer, en région de langue allemande, de l'infrastructure nécessaire pour organiser les aides proposées et les activités;

8° répondre aux prescriptions en matière d'aménagement adapté aux personnes handicapées;

9° impliquer des bénévoles dans leur travail.

§ 2 - Les coordinateurs occupés dans les points de contact social remplissent les conditions suivantes :

1° être au moins porteur d'un bachelors dans une orientation sociale ou pédagogique;

2° présenter un extrait du casier judiciaire (modèle 2). Si ces personnes sont domiciliées à l'étranger, elles produisent un document équivalent établi par une autorité compétente et permettant l'accès à une activité relevant du domaine de l'éducation, de la guidance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection des enfants, de l'animation ou de la garde de mineurs d'âge;

Sur demande motivée, le Gouvernement peut admettre d'autres diplômes que ceux mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 1^o, s'il y a une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou une formation spécifique pour la fonction concernée ou s'il est prouvé qu'il y a un manque de personnel disposant des qualifications requises.

§ 3 - En ce qui concerne les objectifs généraux mentionnés à l'article 5, les points de contact social développent un concept sur la base de l'état des lieux dont question à l'article 6.

Le concept mentionne l'orientation/les lignes directrices du point de contact social ainsi que les objectifs plus larges que le point de contact poursuit à l'intérieur de son ressort et qui orientent le travail concret et les offres proposées.

Les personnes et organisations suivantes participent à l'élaboration du concept :

1° les habitants du ressort;

2° les bénéficiaires des points de contact social;

3° les collaborateurs bénévoles auxquels font appel les points de contact social;

4° les organisations partenaires;

5° les communes et centres publics d'aide sociale compétents pour les ressorts concernés.

Le Gouvernement fixe les autres conditions-cadres pour l'élaboration du concept.

Art. 8. Obligations pour conserver l'agrération

Pour conserver l'agrération, les points de contact social agréés respectent les obligations mentionnées dans le présent décret, y compris les conditions mentionnées à l'article 7.

Les points de contact social agréés respectent notamment les obligations suivantes :

1° coopérer et mettre en concordance les concepts avec les organisations partenaires;

2° mettre l'espace social en réseau et être ancré au niveau communal;

3° soutenir dans le point de contact social la participation des groupes cibles mentionnés à l'article 4, notamment du groupe cible spécifique;

4° respecter les heures d'ouverture prescrites à l'article 11, § 2;

5° présenter en tout temps une comptabilité autonome en ordre permettant un contrôle financier;

6° faire appel à des collaborateurs bénévoles pour exécuter les missions;

7° consigner dans un règlement intérieur les droits et devoirs des collaborateurs bénévoles et favoriser leur participation à des formations continues;

8° conformément à l'article 14, introduire annuellement auprès du Gouvernement, pour le 30 avril au plus tard, un rapport d'activités, un bilan et un compte de résultats pour l'exercice précédent et un budget pour l'exercice suivant.

Art. 9. Procédure d'agrération

§ 1^{er} - Les associations introduisent auprès du Gouvernement, au plus tard pour le 30 juin d'une année, une demande écrite en vue de leur agrération en tant que point de contact social.

Les documents et justificatifs mentionnés à l'article 7 sont annexés à la demande.

§ 2 - Le Gouvernement examine les demandes d'agrément et statue au plus tard pour le 30 octobre de l'année de la demande. À défaut de décision dans le délai imparti, l'agrément est censée être accordée.

L'agrément est octroyée pour une durée indéterminée.

Lorsqu'une ou plusieurs des conditions requises pour l'agrément ne sont pas remplies, le Gouvernement refuse l'agrément ou accorde, par dérogation à l'alinéa 2, une agrément provisoire conditionnelle pour une période limitée de trois ans maximum.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

§ 3 - Les points de contact social agréés peuvent introduire une nouvelle demande d'agrément :

1° lorsque l'agrément, accordée éventuellement pour une durée déterminée, est arrivée à échéance;

2° lorsqu'il est constaté que les données reprises dans l'agrément ne correspondent plus à la réalité ou qu'il est nécessaire, pour d'autres raisons, de modifier les données reprises dans l'agrément.

Art. 10. Suspension et retrait de l'agrément

Si une ou plusieurs obligations ne sont pas remplies, le Gouvernement invite le point de contact social agréé à se mettre en ordre conformément aux modalités fixées par le Gouvernement.

Si le point de contact social agréé ne remplit toujours pas les obligations après l'invitation mentionnée au premier alinéa, le Gouvernement suspend et/ou retire son agrément.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

CHAPITRE 3. — SOUTIEN

Art. 11. Subside

§ 1^{er} - Dans les limites des crédits budgétaires disponibles et aux conditions fixées dans le présent article, le Gouvernement octroie à un point de contact social agréé des subsides pour frais de personnel et de fonctionnement, et ce, pour les prestations fixées dans le présent décret.

Aux prestataires qui proposent les prestations fixées dans le présent décret et dont le coordinateur vise particulièrement la participation active des gens concernés par l'exclusion et l'isolement, le Gouvernement octroie des subsides pour frais de personnel et de fonctionnement, et ce exclusivement en application du présent décret.

§ 2 - En ce qui concerne les frais de personnel, les points de contact social reçoivent un subside pour :

1° un équivalent temps plein de coordinateur lorsque les locaux sont, en règle générale, accessibles au groupe cible au moins 24 heures par semaine, réparties sur au moins quatre jours;

2° un demi-équivalent temps plein de coordinateur lorsque les locaux sont, en règle générale, accessibles au groupe cible au moins 15 heures par semaine, réparties sur au moins trois jours.

Le subside pour frais de personnel correspond à 87,5 % des frais de traitement effectivement encourus et répond aux bases de calcul fixées par le Gouvernement dans les domaines Affaires sociales et Santé. Tout subside éventuellement obtenu dans le cadre de mesures favorisant l'emploi est déduit.

§ 3 - En ce qui concerne les frais de fonctionnement, les points de contact social reçoivent un subside d'un montant de :

1° 12.000 euros lorsque les heures minimales d'ouverture mentionnées au § 2, 1°, sont respectées et qu'un bénévole ou un professionnel encadre les groupes cibles du point de contact social;

2° 6.000 euros lorsque les heures minimales d'ouverture mentionnées au § 2, 2°, sont respectées et qu'un bénévole ou un professionnel encadre les groupes cibles du point de contact social.

§ 4 - Les subsides mentionnés aux § 2 et 3 ne sont octroyés que si les communes ou centres publics d'aide sociale compétents pour le ressort concerné s'engagent contractuellement à prendre en charge au moins 12,5 % des frais de traitements effectifs dont question au § 2.

Art. 12. Subside spécial

§ 1^{er} - En plus des subsides mentionnés à l'article 11, le Gouvernement peut, pour des projets particuliers d'une durée limitée, accorder un financement spécial à un centre de contact social agréé qui a introduit une demande motivée. Ce financement peut être utilisé pour couvrir des frais de fonctionnement et de personnel relatifs au projet.

Sont considérés comme particuliers les projets qui à la fois :

1° présentent un intérêt particulier pour le groupe cible;

2° sont liés à des frais exceptionnels.

§ 2 - Le soutien des projets mentionnés au § 1^{er} est soumis au respect des conditions suivantes :

1° le projet a une durée de deux ans maximum;

2° les objectifs du projet sont clairs, mesurables, atteignables par les bénéficiaires, réalistes et définis dans le temps;

3° le subside est plafonné à 5.000 euros par projet pour les frais de personnel et de fonctionnement;

4° l'organisme porteur du projet transmet au Gouvernement, dans le mois qui suit la fin convenue du projet, un rapport final comprenant un bilan du projet, tant au niveau des finances que du contenu.

§ 3 - Les documents ou justificatifs suivants sont joints à la demande de subsides :

1° la justification du projet en ce qui concerne les conditions mentionnées au § 1^{er}, alinéa 2;

2° la description du projet en tenant compte des prescriptions mentionnées au § 2, 2°;

3° l'estimation des coûts et le concept de financement du projet.

Art. 13. Contrat

§ 1^{er} - Le soutien apporté aux points de contact social agréés s'opère sur la base d'un contrat. Les parties au contrat sont le Gouvernement, le point de contact social ainsi que les communes et centres publics d'aide sociale compétents pour les ressorts concernés.

Le concept mentionné à l'article 7, § 3, est annexé au contrat.

Les actions visées et les mesures concrètes de mise en œuvre du concept déjà connues lors de la signature du contrat sont mentionnées dans celui-ci et peuvent être adaptées aux besoins par décision du comité de suivi institué par le § 3.

Les mesures supplémentaires non consignées dans le contrat et que le point de contact social prend au cours d'une année d'activités sont prouvées par le rapport d'activités mentionné à l'article 8, alinéa 2, 8°.

Le Gouvernement fixe le cadre ainsi que le contenu complémentaire du contrat.

§ 2 - Le contrat a une durée d'un an au moins et de cinq ans au plus. Dans la mesure où le point de contact social continue d'être agréé, le contrat est renouvelable à son échéance.

Avant la prolongation du contrat :

1° le concept est retravaillé à l'issue d'un nouvel état des lieux mené conformément à l'article 6;

2° le Gouvernement soumet le concept retravaillé conformément au 1° à l'avis du comité de suivi mentionné au § 3.

§ 3 - En vue d'encadrer et d'évaluer le contrat et en vue d'évaluer le concept, le Gouvernement institue un comité de suivi où toutes les parties sont représentées.

Le comité de suivi :

1° explique chaque année la mise en œuvre du concept et du contrat;

2° examine le projet de concept en vue de l'établissement et du renouvellement du contrat.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

Art. 14. Rapport d'activités

Pour pouvoir bénéficier du soutien prévu par le présent chapitre, le point de contact social établit chaque année un rapport d'activités où il évalue les objectifs du concept, tant d'un point de vue qualitatif que quantitatif et adapte, le cas échéant, les actions visées à l'article 5 en fonction des résultats de cette évaluation.

Ce rapport est transmis au Gouvernement au plus tard pour le 30 avril de l'année qui suit celle du soutien.

Il est accompagné d'un bilan et d'un compte de résultats de l'année précédente et d'un budget pour l'exercice suivant. Des modifications budgétaires peuvent être introduites auprès du Gouvernement jusqu'au 30 septembre.

CHAPITRE 4. — DISPOSITIONS RELATIVES AU CONTRÔLE

Art. 15. Contrôle

Conformément à l'article 12 de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes, le Gouvernement peut - dans le cadre des conditions fixées par lui - faire vérifier en tout temps s'il est satisfait aux dispositions prévues dans ce décret.

CHAPITRE 5. — DISPOSITIONS FINALES

Art. 16. Disposition transitoire

§ 1^{er} - Aux associations qui, au moment de l'entrée en vigueur du présent décret, occupent un coordinateur dans un point de contact social, le Gouvernement peut, sur demande motivée, accorder un délai de transition pour leur permettre de remplir les conditions en matière de qualification fixées à l'article 7, § 2. Ce délai de transition prend fin dès que l'emploi de coordinateur est à nouveau occupé.

§ 2 - Aux associations qui proposent déjà des prestations d'un centre de contact social au moment de l'entrée en vigueur du présent décret, le Gouvernement peut, sur demande motivée, accorder un délai de transition pour leur permettre de satisfaire, au niveau de l'infrastructure du point de contact social, aux prescriptions fixées à l'article 7, § 1^{er}, 8°, en matière d'aménagement adapté aux personnes handicapées.

Art. 17. Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2015.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen le 5 mai 2014.

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux,

K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,

O. PAASCH

La Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme,

Mme I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,

H. MOLLERS

—
Note

Session 2013-2014

Documents parlementaires : 159 (2012-2013) N° 1 Proposition de décret

159 (2013-2014) N°s 2-7 Propositions d'amendement

159 (2013-2014) N° 8 Rapport

Compte rendu intégral : 5 mai 2014, N° 65 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2014/204327]

5 MEI 2014. — Decreet tot erkenning en ondersteuning van sociale trefpunten

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1. — ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1. sociaal trefpunt : vereniging of openbare instelling die in het kader van dit decreet erkend is en via buurtwerk en sociaal groepswerk de sociale cohesie tussen de bewoners van haar werkingsgebied versterkt;
2. sociale cohesie : het gevoel tot een sociale omgeving te behoren dat ontstaat door sociale bindingen, solidariteit en betrokkenheid bij netwerken;
3. buurtwerk : methode van sociaal werk die, uitgaand van de mogelijkheden en behoeften van de bewoners van een werkingsgebied, tot doel heeft de levensomstandigheden van de bewoners - in het bijzonder van de mensen die moeilijk toegang hebben tot de rechten vermeld in artikel 23 van de Grondwet - te verbeteren, hun handelingsmogelijkheden te vergroten en ze in staat te stellen tot zelforganisatie;
4. sociaal groepswerk : methode van sociaal werk die het individu helpt om via zinvolle groepsbelevissen te ontdekken hoe het goed kan functioneren in de maatschappij;
5. werkingsgebied : een of meer gemeenten van het Duitse taalgebied of een deel van die gemeenten waarvan het sociale trefpunt via zijn aanbod en activiteiten de bewoners bereikt;
6. partnerorganisaties : openbare of private niet-commerciële dienstverrichters die bijdragen tot de bevordering van de sociale cohesie en die met het sociale trefpunt samenwerken en/of een gezamenlijk aanbod uitwerken;
7. coördinator : gekwalificeerde persoon die de aanspreekpartner voor de bezoekers van het trefpunt is en die het aanbod en de activiteiten van het trefpunt op elkaar afstemt en begeleidt. Zo nodig voert de coördinator zelf activiteiten uit en begeleidt hij de vrijwillige medewerkers van het sociaal trefpunt.

Art. 2. Voorwerp

Dit decreet regelt de erkenning en ondersteuning van verenigingen en openbare instellingen die via buurtwerk en sociaal groepswerk de sociale cohesie tussen de mensen in een bepaald werkingsgebied sterken.

Art. 3. Gelijkheid van de geslachten

Alle in dit decreet vermelde hoedanigheden gelden voor beide geslachten.

Art. 4. Doelgroepen

Het aanbod en de activiteiten van de sociale trefpunten zijn afgestemd op de belangen van de volgende doelgroepen :

1. de algemene doelgroep : alle personen die binnen het werkingsgebied van het sociale trefpunt wonen;
2. de specifieke doelgroep : personen die binnen het werkingsgebied van het sociale trefpunt wonen en sociaal uitgesloten dreigen te worden of sociaal uitgesloten zijn en daardoor moeilijk toegang hebben tot de rechten vermeld in artikel 23 van de Grondwet.

Art. 5. Algemene doelstellingen en aanbod

§ 1 - De erkende sociale trefpunten hebben in hun werk in de eerste plaats tot doel ervoor te zorgen dat iedereen aan het economische, politieke, sociale en culturele leven kan deelnemen, alsook de uitwisseling van kennis en ervaring en actief burgerschap te bevorderen.

Dat doel wordt opgesplitst in de volgende subdoelstellingen :

1. de diversiteit van de maatschappij en de sociale cohesie onder de burgers versterken;
2. vereenzaming voorkomen en verminderen;
3. waardering en erkenning voelbaar maken;
4. autonomie bevorderen en mensen ondersteunen bij het leren kennen en uitdrukken van hun eigen behoeften en belangen;
5. mensen in staat stellen tot zelforganisatie en zelfhulp.

§ 2 - Om de doelstellingen vermeld in § 1 te verwezenlijken, omvat het aanbod van de sociale trefpunten op zijn minst :

1. het creëren van een intergenerationele en/of interculturele ontmoetingsruimte;
2. behoeftegestuurd advies en hulp in het dagelijkse leven, vooral via doorverwijzing naar het bestaande aanbod van andere dienstverrichters;
3. behoeftegestuurde doorverwijzing van het doelpubliek naar andere dienstverrichters;
4. vormingsaanbod op basis van de behoefte vastgesteld overeenkomstig artikel 6;
5. samenwerking en conceptuele afstemming met partnerorganisaties;
6. sensibiliseringswerk voor sociale cohesie;
7. regelmatige informatie van het publiek - in het bijzonder van de doelgroepen vermeld in artikel 4 - over de activiteiten;
8. nieuw aanbod en nieuwe projecten die verband houden met nieuwe maatschappelijke uitdagingen en behoeften van de doelgroepen;
9. aansluiting zoeken bij lokale samenwerkingsstructuren en netwerken.

Art. 6. Stand van zaken

In het kader van de door de Regering vastgestelde voorwaarden maken de sociale trefpunten een stand van zaken over hun werkingsgebied op. Die stand van zaken bevat de analyse van de bestaande behoeften van de burgers en het overzicht van het bestaande aanbod van de dienstverrichter.

De stand van zaken wordt opgemaakt in samenwerking met de partnerorganisaties en in het bijzonder met de gemeenten en openbare centra voor maatschappelijk welzijn die zich binnen het werkingsgebied van de sociale trefpunten bevinden.

HOOFDSTUK 2. — ERKENNING

Art. 7. Erkenningscriteria

§ 1 - Sociale trefpunten worden overeenkomstig dit decreet erkend indien ze aan de volgende voorwaarden voldoen :

1. opgericht zijn als vereniging zonder winstoogmerk of onder één of meer OCMW's ressorteren. Indien de vereniging, naast haar activiteiten als sociaal trefpunt, diensten aanbiedt die met toepassing van andere regelteksten ondersteund worden, moet de vereniging die verschillende activiteiten duidelijk scheiden qua financiën, structuur en arbeidsovereenkomsten, en dit zowel met betrekking tot het personeel als met betrekking tot de financiële middelen die voor elk van die activiteiten worden ingezet;

2. haar werkingsgebied binnen het Duitse taalgebied definiëren;

3. zich ertoe verplichten de doelstellingen bepaald in artikel 5 te verwezenlijken;

4. overeenkomstig artikel 6 een stand van zaken over dat werkingsgebied opgemaakt hebben;

5. overeenkomstig § 3 een concept uitwerken;

6. over een coördinator beschikken die voldoet aan de criteria vermeld in § 2;

7. in het Duitse taalgebied over de infrastructuur beschikken die voor de aangeboden hulp en de activiteiten noodzakelijk is;

8. voldoen aan de geldende voorschriften voor een aangepaste inrichting voor personen met een handicap;

9. vrijwilligers bij hun werk betrekken.

§ 2 - De coördinatoren die in de sociale trefpunten werken, voldoen aan de volgende voorwaarden :

1° op zijn minst houder zijn van een bachelor in een sociale of pedagogische richting;

2° een uittreksel uit het strafregister (model 2) voorleggen. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen op het gebied van opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, jeugdbijstand, kinderbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen.

Op met redenen omkleed verzoek kan de Regering andere diploma's dan die vermeld in het eerste lid, 1°, voor de functie van coördinator in aanmerking nemen, indien een buitengewone nuttige beroepservaring of een bijzondere opleiding voor de betrokken functie voorhanden is of indien er voor de vereiste kwalificatie een bewezen gebrek aan arbeidskrachten heerst.

§ 3 - De sociale trefpunten werken een concept uit met het oog op de algemene doelstellingen vermeld in artikel 5 en op basis van de stand van zaken vermeld in artikel 6.

Het concept bevat de missie en visie/de richtsnoeren van het sociale trefpunt, alsook de hogere doelstellingen die binnen het werkingsgebied met het sociale trefpunt worden beoogd en die als leidraad kunnen dienen voor het concrete werk en het aanbod.

Bij de uitwerking van het concept worden de volgende personen betrokken :

1. de bewoners binnen het werkingsgebied;

2. de personen die gebruik maken van de sociale trefpunten;

3. de vrijwillige medewerkers van de sociale trefpunten;

4. de partnerorganisaties;

5. de gemeenten en de openbare centra voor maatschappelijk welzijn die voor het betrokken werkingsgebied bevoegd zijn.

De Regering bepaalt de andere kadervoorwaarden voor de uitwerking van het concept.

Art. 8. Verplichtingen tot behoud van de erkenning

Voor het behoud van de erkenning komen de erkende sociale trefpunten de verplichtingen vermeld in dit decreet na, met inbegrip van de voorwaarden vermeld in artikel 7.

De erkende sociale trefpunten komen in het bijzonder de volgende verplichtingen na :

1. samenwerking en conceptuele afstemming met partnerorganisaties;

2. sociaalruimtelijke netwerken opzetten en in de gemeente(n) verankerd zijn;

3. de participatie van de doelgroepen vermeld in artikel 4, in het bijzonder van de specifieke doelgroep, in het sociale trefpunt ondersteunen;

4. de openingstijden voorgeschreven in artikel 11, § 2, in acht nemen;

5. een behoorlijke autonome boekhouding overleggen die altijd kan worden ingezien en financiële controle mogelijk maakt;
6. een beroep doen op vrijwillige medewerkers bij de uitoefening van de taken;
7. de rechten en plichten van de vrijwilligers in een huishoudelijk reglement vastleggen en hun deelneming aan voortgezette opleidingen aanmoedigen;
8. overeenkomstig artikel 14 jaarlijks, uiterlijk op 30 april, een activiteitenverslag, een balans en een resultatenrekening van het vorige boekjaar, alsook een begroting voor het volgende boekjaar bij de Regering indienen.

Art. 9. Erkenningsprocedure

§ 1 - Uiterlijk op 30 juni van elk jaar dienen de verenigingen een schriftelijke aanvraag om erkenning als sociaal trefpunt bij de Regering in.

De stukken en bewijzen vermeld in artikel 7 worden bij de aanvraag gevoegd.

§ 2 - De Regering onderzoekt de aanvragen om erkenning en neemt uiterlijk op 30 oktober van het aanvraagjaar een beslissing. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als toegekend.

De erkenning wordt voor onbepaalde duur toegekend.

Indien niet voldaan is aan één of meer voorwaarden die voor een erkenning noodzakelijk zijn, weigert de Regering de erkenning of kent ze in afwijking van het tweede lid een voorwaardelijke voorlopige erkenning voor een beperkte termijn van ten hoogste drie jaar toe.

De Regering legt de nadere regels vast.

§ 3 - De erkende sociale trefpunten kunnen een nieuwe aanvraag om erkenning indienen :

1. indien de eventueel voor bepaalde duur verleende erkenning verstreken is;
2. indien wordt vastgesteld dat de gegevens vermeld in de erkenning niet meer met de werkelijkheid overeenstemmen of indien er anderszins aanleiding bestaat om die gegevens te wijzigen.

Art. 10. Schorsing en intrekking van de erkenning

Indien één of meer verplichtingen niet worden nagekomen, maant de Regering het erkende sociale trefpunt overeenkomstig de door haar vastgestelde regels aan om die verplichtingen na te komen.

Indien het erkende sociale trefpunt, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Regering zijn erkenning en/of trekt ze zijn erkenning in.

De Regering legt de nadere regels vast.

HOOFDSTUK 3. — ONDERSTEUNING

Art. 11. Subsidie

§ 1 - Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de voorwaarden bepaald in dit artikel kent de Regering een erkend sociaal trefpunt subsidie voor personeels- en werkingskosten toe voor de diensten bepaald in dit decreet.

Aan dienstverrichters die de diensten bepaald in dit decreet aanbieden en van wie de coördinator in het bijzonder de actieve deelname beoogt van mensen die te kampen hebben met uitsluiting of isolement, kent de Regering subsidie voor personeels- en werkingskosten toe, en dit uitsluitend met toepassing van dit decreet.

§ 2 - Voor de personeelskosten krijgen de sociale trefpunten subsidie voor :

1. een VTE-betrekking van coördinator, indien de lokalen, met uitzondering van vier weken per jaar, in de regel minstens 24 uur per week gedurende minstens vier dagen voor de doelgroep geopend zijn;
2. een halve VTE-betrekking van coördinator, indien de lokalen, met uitzondering van vier weken per jaar, in de regel minstens 15 uur per week gedurende minstens drie dagen voor de doelgroep geopend zijn.

De subsidie van de personeelskosten bedraagt 87,5 % van de werkelijke loonkosten en wordt berekend volgens de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid". Indien in het kader van tewerkstellingsmaatregelen subsidies worden verkregen, worden die subsidies afgetrokken.

§ 3 - Voor de werkingskosten krijgen de sociale trefpunten een subsidie ten belope van :

1. 12.000 euro, indien de vereiste openingstijden vermeld in § 2, 1^o, worden nageleefd en de doelgroepen van het sociale trefpunt begeleid worden door een vrijwillige of professionele kracht;
2. 6.000 euro, indien de vereiste openingstijden vermeld in § 2, 2^o, worden nageleefd en de doelgroepen van het sociale trefpunt begeleid worden door een vrijwillige of professionele kracht.

§ 4 - De subsidies vermeld in de § 2 en 3 worden alleen toegekend indien de gemeenten of openbare centra voor maatschappelijk welzijn die voor het betrokken werkingsgebied bevoegd zijn, zich contractueel ertoe verbinden minstens 12,5 % van de werkelijke loonkosten vermeld in § 2 te dragen.

Art. 12. Bijzondere subsidie

§ 1 - Naast de subsidies vermeld in artikel 11 kan de Regering een erkend sociaal trefpunt, op met redenen omkleed verzoek, een bijzondere financiering toekennen voor bijzondere en in de tijd beperkte projecten. Die financiering kan gebruikt worden om werkings- en personeelskosten binnen het project te dekken.

Bijzondere projecten zijn projecten die tegelijk aan de volgende voorwaarden voldoen :

1. bijzonder belangrijk zijn voor de betrokken doelgroep;
2. gepaard gaan met uitzonderlijke kosten.

§ 2 - Voor de ondersteuning van de projecten vermeld in § 1 gelden de volgende voorwaarden :

1. de looptijd van het project bedraagt hoogstens twee jaar;
2. de doelstellingen van het project zijn duidelijk gedefinieerd, meetbaar, aantrekkelijk voor de gebruikers, realistisch en begrensd in de tijd;
3. de subsidie voor personeels- en werkingskosten bedraagt hoogstens 5.000 euro per project;
4. de projectverantwoordelijke bezorgt de Regering binnen een maand na de vastgelegde einddatum van het project een eindverslag dat een financiële en inhoudelijke balans van het project omvat.

§ 3 - Bij de aanvraag om subsidie worden de volgende stukken resp. bewijzen gevoegd :

1. de motivering van het project, in het licht van de voorwaarden vermeld in § 1, tweede lid;
2. de beschrijving van het project, met inachtneming van de vereisten gesteld in § 2, 2°;
3. de kostenraming en het financieringsconcept van het project.

Art. 13. Overeenkomst

§ 1 - De ondersteuning van de erkende sociale trefpunten geschiedt op basis van een overeenkomst. De partners bij de overeenkomst zijn de Regering, het sociale trefpunt en de gemeenten en openbare centra voor maatschappelijk welzijn die bevoegd zijn voor de betrokken werkingsgebieden.

Het concept vermeld in artikel 7, § 3, wordt bij de overeenkomst gevoegd.

De overeenkomst bevat de handelingsdoelen, alsook de concrete maatregelen voor de uitvoering van het concept die bij ondertekening van de overeenkomst reeds bekend zijn; die handelingsdoelen en maatregelen kunnen aan de behoeften aangepast worden bij beslissing van het opvolgingscomité ingesteld bij § 3.

Aanvullende maatregelen die niet in de overeenkomst zijn vermeld en die het sociale trefpunt in de loop van een activiteitenjaar neemt, worden bewezen in het activiteitenverslag vermeld in artikel 8, tweede lid, 8°.

De Regering bepaalt het kader en de verdere inhoud van de overeenkomst.

§ 2 - De overeenkomst heeft een looptijd van minstens één jaar en hoogstens vijf jaar. Indien het sociale trefpunt erkend blijft, is de overeenkomst na het verstrijken van de looptijd verlengbaar.

Voor de verlenging van de overeenkomst :

1. wordt het concept herwerkt nadat overeenkomstig artikel 6 een nieuwe stand van zaken werd opgemaakt;
2. legt de Regering het overeenkomstig 1° herwerkte concept ter advies voor aan het opvolgingscomité vermeld in § 3.

§ 3 - Voor de opvolging en evaluatie van de overeenkomst, alsook voor de evaluatie van het concept stelt de Regering een opvolgingscomité in waarin alle partners bij de overeenkomst vertegenwoordigd zijn.

Het opvolgingscomité :

1. bespreekt jaarlijks de uitvoering van het concept en van de overeenkomst;
2. onderzoekt het ontwerp van het concept om de overeenkomst op te maken en te verlengen.

De Regering legt de nadere regels vast.

Art. 14. Activiteitenverslag

Om aanspraak te kunnen maken op de ondersteuning vermeld in dit hoofdstuk maakt het sociale trefpunt jaarlijks een activiteitenverslag op waarin de doelstellingen van het concept kwantitatief en kwalitatief geëvalueerd worden en de handelingsdoelen vermeld in artikel 5 eventueel aangepast worden aan de resultaten van de evaluatie.

Uiterlijk op 30 april van het jaar dat volgt op het jaar van de ondersteuning wordt het activiteitenverslag overgezonden aan de Regering.

Bij het activiteitenverslag worden een balans en een resultatenrekening van het vorige jaar, alsook een begroting voor het volgende boekjaar gevoegd. Aanpassingen van de begroting kunnen tot 30 september bij de Regering worden ingediend.

HOOFDSTUK 4. — CONTROLEBEPALINGEN

Art. 15. Controle

Overeenkomstig artikel 12 van de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof, kan de Regering - onder de door haar vastgestelde voorwaarden - te allen tijde laten onderzoeken of de bepalingen van dit decreet worden nageleefd.

HOOFDSTUK 5. — SLOTBEPALINGEN

Art. 16. Overgangsbepaling

§ 1 - Aan verenigingen die bij inwerkingtreding van dit decreet een coördinator in een sociaal trefpunt in dienst hebben, kan de Regering, na een met redenen omklede aanvraag, een overgangperiode toekennen om hen in staat te stellen aan de kwalificatievereiste van artikel 7, § 2, te voldoen. Die overgangperiode eindigt zodra de betrekking van coördinator opnieuw is toegewezen.

§ 2 - Aan de verenigingen die bij inwerkingtreding van dit decreet reeds diensten van een sociaal trefpunt aanbieden, kan de Regering, na een met redenen omklede aanvraag, een overgangperiode toekennen om hen in staat te stellen om voor de infrastructuur van het sociaal trefpunt te voldoen aan artikel 7, § 1, 8° (aangepaste inrichting voor personen met een handicap).

Art. 17. Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2015.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 5 mei 2014.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ
De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid,
O. PAASCH
De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,
Mevr. I. WEYKMANS
De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS

—
Nota

Zitting 2013-2014

Parlementaire stukken : 159 (2012-2013) Nr. 1 Voorstel van decreet

159 (2013-2014) Nr. 2-7 Voorstellen tot wijziging

159 (2013-2014) Nr. 8 Verslag

Integraal verslag : 5 mei 2014 - Nr. 65 Bespreking en aanneming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2014/204049]

6. MAI 2014 — Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 17. Dezember 2013 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Aufträge der Justizhäuser

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - Das Zusammenarbeitsabkommen vom 17. Dezember 2013 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Aufträge der Justizhäuser wird gebilligt.

Art. 2 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Juli 2014 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das

Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Eupen, den 6. Mai 2014

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ
Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
O. PAASCH
Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus
Frau I. WEYKMANS
Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2013-2014

Nummerierte Dokumente: 223 (2013-2014) Nr. 1 — Dekretentwurf

Ausführlicher Bericht: 6. Mai 2014 - Nr. 66 — Diskussion und Abstimmung